

Übersicht

über die vom Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 6. Sitzung am 23.11.2015 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1	Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 14.09.2015	Anerkennung	
2	Überblick über Aufgaben und Struktur des Sachgebietes BAföG im Amt für Schule und Bildungskordinierung	Kenntnisnahme	
3	Auswirkung der aktuellen Flüchtlingszahlen auf Schulen im Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	
3a	Konzept zur Verwendung der vom Bund zurückgezahlten BuT-Mittel in den nächsten Jahren zur Verbesserung der Sprachkompetenz	08/15 Empfehlung an Kreisausschuss	einstimmig
4	Schulentwicklungsplanung im Bereich der Berufskollegs des Rhein-Sieg-Kreises	Kenntnisnahme	
5	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Verbundschule Bornheim	09/15 Empfehlung an Kreisausschuss und Kreistag	einstimmig
6	Zuständigkeit des Rhein-Sieg-Kreises gemäß Weiterbildungsgesetz NRW; Weiterbildungsangebot in der Gemeinde Wachtberg	Kenntnisnahme	
7	Mitteilungen und Anfragen		
7.1	Entwicklung der Schülerzahlen der Förderschulen im Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	
7.2	Sanierung der Schule "An der Wicke", Förderschule des Rhein-Sieg-Kreises für Sprache in Alfter-Gielsdorf	Kenntnisnahme	
7.3	Bericht über die 7. Bildungskonferenz der Bildungsregion Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	
7.4	Übergangsmanagement Schule-Beruf; Richtlinien zur Förderung intensiver Berufsorientierung an Schulen im Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	
7.5	Schuleingangsuntersuchung von Flüchtlingskindern	Kenntnisnahme	

8	Nichtöffentlicher Teil Mitteilungen und Anfragen	keine	
---	--	-------	--

Folgende Beschlussempfehlungen fallen in die Zuständigkeit des Kreisausschusses/Kreistages:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
3a	Konzept zur Verwendung der vom Bund zurückgezahl- ten BuT-Mittel in den nächsten Jahren zur Verbesse- rung der Sprachkompetenz	08/15 Empfehlung an KA	einstimmig
5	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Verbundschule Bornheim	09/15 Empfehlung an KA und KT	einstimmig

Niederschrift

über die in der 6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung des Rhein-Sieg-Kreises am 23.11.2015 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 16:57 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 13.11.2015

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Renate Becker-Steinhauer
 Herr Christoph Fiévet in Vertretung der SkBin Elena Pestel
 Herr Franz Gasper in Vertretung des Abg. Dr. Josef Griese
 Frau Katharina Gebauer
 Frau Gabriele Kretschmer
 Frau Notburga Kunert
 Herr Tim Salgert
 Herr Matthias Schmitz
 Herr Michael Solf

Sachkundige/r Bürger/in CDU

Herr Rainer Bernhardt in Vertretung der SkBin Cornelia Löbach
 Frau Hildegard Meiswinkel
 Herr Martin Rosorius

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Gisela Becker
 Herr Harald Eichner in Vertretung der SkBin Sara Zorlu (bis TOP 5)
 Frau Stefanie Göllner
 Frau Veronika Herchenbach-Herweg Vorsitzende
 Frau Ursula Studthoff
 Herr Dietmar Tendler in Vertretung des Abg. Denis Waldästl (bis TOP 7.2)

Sachkundiger Bürger SPD

Herr Daniel Stenger (bis TOP 7.4)

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Johanna Bientreu
 Frau Gabi Deussen-Dopstadt

Sachkundige Bürger GRÜNE

Herr Edgar Hauer
 Herr Günter Piéla

Kreistagsabgeordnete FDP

Frau Renate Frohnhöfer in Vertretung der Abg. Nicole Westig-Keune

6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 23.11.2015

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Sachkundige Bürgerin FDP

Frau Jana Rentzsch

(ab TOP 3)

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Otter

Sachkundiger Bürger AfD

Herr Arvid Ellenberger

Sachkundiger Bürger FUW/Piraten

Herr Marcel Weiler

in Vertretung der Abg. Maria Luise Streng

Beratend: Evangelische Kirche

Frau Ute Kirchhöfer

Beratend: Katholische Kirche

Herr Paul-Rainer Krieger

Entschuldigt fehlten:Kreistagsabgeordneter CDU

Herr Dr. Josef Griese

Sachkundige Bürgerinnen CDU

Frau Cornelia Löbach

Frau Elena Pestel

Kreistagsabgeordneter SPD

Herr Denis Waldästl

Sachkundige Bürgerin SPD

Frau Sara Zorlu

Kreistagsabgeordnete FDP

Frau Nicole Westig-Keune

Kreistagsabgeordnete FUW-Piraten

Frau Maria Luise Streng

Vertreter/in der Verwaltung:

Dezernent Wagner

KVD Clasen

KVOR Gappel

KVOR Nohl

KARin Grotklags

VAe Dinstühler

(bis TOP 3a)

VAe Paar

(ab TOP 7.1)

StDin Fallet-Viehmänn

(ab TOP 7.1)

KA Fuchs

Schriftführer

6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 23.11.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Die Vorsitzende eröffnete die 6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung, begrüßte die Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest.

Die Vorsitzende wies darauf hin, dass es für die heutige Sitzung eine Tischvorlage zum „Konzept zur Verwendung der vom Bund zurückgezählten BuT-Mittel in den nächsten Jahren zur Verbesserung der Sprachkompetenz“ gebe und schlug vor, diese in Erweiterung der Tagesordnung als Punkt 3a beraten zu lassen. Mit diesem Vorschlag erklärten sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

1	Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 14.09.2015	
---	---	--

Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

2	Überblick über Aufgaben und Struktur des Sachgebietes BAföG im Amt für Schule und Bildungskordinierung	
---	--	--

KVOR Nohl wies einleitend darauf hin, dass mit dem heutigen Vortrag die Vorstellung der Aufgabenfelder, die den Geschäftsbereich des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung betreffen, abgeschlossen würde. Zum besseren Verständnis der organisatorischen Einbindung und zur Begriffsbestimmung des „Amtes für Ausbildungsförderung“ gab er noch einmal den Aufbau der Kreisverwaltung, des Dezernates 6 sowie des Amtes 40 zur Kenntnis. Im Anschluss stellte KARin Grotklags anhand einer Power-Point-Präsentation die Struktur und die Aufgaben des Sachgebietes 40.12, Ausbildungsförderung, vor. *Ein Abdruck der Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.*

3	Auswirkung der aktuellen Flüchtlingszahlen auf Schulen im Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

KVD Clasen erklärte, dass es in der der Einladung als Anhang 2 zu Anlage 1 beigelegten Übersicht der im Rhein-Sieg-Kreis eingerichteten internationalen Vorbereitungs- und Förderklassen seit dem Stichtag zu Veränderungen gekommen sei. Eine aktualisierte Fassung werde den Ausschussmitgliedern ausgehändigt und auch der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt. Insgesamt sei festzustellen, dass unverändert ein großer Bedarf bestehe und noch viele zusätzliche Klassen in Planung seien. Problematisch sei, dass an vielen Schulen kaum noch Räume zur Verfügung stünden, so dass die Schulleitungen gezwungen seien, zu improvisieren.

Auf Nachfrage der Abg. Göllner erwiderte KVD Clasen, dass am Carl-Reuther-Berufskolleg in Hennef zum 2. Schulhalbjahr des laufenden Schuljahres zunächst eine internationale Förderklasse eingerichtet werde.

Dezernent Wagner stellte fest, dass durch die Betreuung der Flüchtlinge in den internationalen Förderklassen ein erhöhter Bedarf an Schulsozialarbeit zu verzeichnen sei. Nach der Schaffung einer Stelle am Berufskolleg Siegburg habe inzwischen der

6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 23.11.2015

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Schulleiter des Carl-Reuther-Berufskollegs in Hennef um Einrichtung einer zusätzlichen Schulsozialarbeiterstelle gebeten. Aufgrund des sehr kurzfristig vorgetragenen Anliegens habe man dieses Thema nicht mehr auf die heutige Tagesordnung aufnehmen können. Zu diesem Thema werde man im Ausschuss aber in Zukunft noch Beratungen führen müssen.

KVD Clasen entschuldigte das Fehlen der Schulaufsichtsbeamten, deren Teilnahme aufgrund eines von der Bezirksregierung anberaumten Termins nicht möglich sei. Ergänzend sei zu sagen, dass für alle internationalen Klassen jeweils eine halbe Lehrerstelle zur Verfügung gestellt werde. Bei zwei eingerichteten Klassen habe man also Anspruch auf eine volle Stelle. Bei Grundschulen mit einer Vorbereitungsklasse werde häufig so verfahren, dass sich zwei Grundschulen eine Stelle teilten. Schwierig sei es, aufgrund der großen Nachfrage Lehrkräfte mit der Qualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ oder „Deutsch als Fremdsprache“ zu finden. Insgesamt sei festzustellen, dass sich viele Lehrkräfte auch ohne Zusatzausbildung mit Enthusiasmus und Engagement dieser Aufgabe stellten. All diesen Lehrkräften müsse für ihre Arbeit, die oft über die normale Stundenzahl hinausgehe, ein großes Kompliment gemacht werden.

3a	Konzept zur Verwendung der vom Bund zurückgezahlten BuT-Mittel in den nächsten Jahren zur Verbesserung der Sprachkompetenz	
----	--	--

Die Vorsitzende verwies auf die Tischvorlage und begrüßte die Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums, Frau Dinstühler, die für Fragen zur Verfügung stehe.

Dezernent Wagner bat um Nachsicht, dass die Vorlage erst so kurzfristig zur Verfügung gestellt werden konnte. Es sei ein erhöhter Abstimmungsbedarf vonnöten gewesen. Eine Beteiligung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung sei erforderlich, da die Mittel im Haushaltsplan 2015/2016 mit einem Sperrvermerk zugunsten des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung versehen seien. Er hätte es bevorzugt, dass die Ausschussmitglieder mehr Zeit zur Beratung gehabt hätten. Es sei aber sinnvoll, heute einen Beschluss zu fassen, damit die Mittel tatsächlich kurzfristig zur Verfügung gestellt werden könnten.

SkB Ellenberger erklärte, dass er aufgrund der kurzfristigen Vorlage an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Abg. Göllner stellte fest, dass das Thema die politischen Gremien schon länger beschäftige, von daher sei es kein völlig neuer Sachverhalt. Inhaltlich könne sich die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage anschließen, zumal jetzt konkrete Projekte vorlägen. Sie würde es aber begrüßen, wenn die Verwaltung in einem Konzept darlege, für welche Zwecke die gesamten Mittel verwendet würden.

Dezernent Wagner erklärte, dass von den gesamten zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 1,7 Millionen Euro ein Betrag von 250.000 Euro bereit gestellt werde, um im Sozialamt auf drei Jahre befristet zusätzliches Personal zur Unterstützung integrativer Maßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen einzustellen. Des Weiteren bestehe im Bereich der Maßnahmen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) eine Unterdeckung von rund 1 Million Euro, so dass aus den zurückfließenden Mitteln tatsächlich nur 450.000 Euro für Projekte verfügbar seien. Für die Verwendung dieser Mittel seien zwei Vorschläge erarbeitet worden.

6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 23.11.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Frau Dinstühler ergänzte, dass die letztlich zur freien Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 450.000 für zwei Projekte - wie im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration besprochen - vorgesehen seien. Für Sprachförderung im frühkindlichen Bereich an Kindertagesstätten und Grundschulen seien 300.000 Euro eingeplant und für die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingsarbeit weitere 150.000 Euro.

Abg. Göllner legte dar, dass aus ihrer Sicht hier offenbar ursprünglich zweckgebundene Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen würden, weil sie zum Ausgleich einer Unterdeckung verwendet worden seien.

Abg. Eichner wies ergänzend darauf hin, dass im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration übereinstimmend der Beschluss gefasst worden sei, die gesamten Mittel in Höhe von 1,7 Millionen Euro zweckentsprechend zu verwenden. Weiterhin bitte er die Verwaltung um Darlegung, aus welchen Gründen die im Bereich BuT ausgewiesene Unterdeckung in Höhe von 1 Million Euro zustande komme bzw. wofür die in Frage stehenden Mittel bestimmt seien.

Abg. Deussen-Dopstadt bestätigte, dass der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration die sprachliche Förderung für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund im Kita- und Grundschulbereich als Förderschwerpunkt beschlossen habe. Sie begrüße ausdrücklich, dass mit den bereit gestellten Mitteln die ehrenamtliche Arbeit von Initiativen, aber auch von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, auf regionaler Ebene gefördert und gewürdigt werde.

Dezernent Wagner betonte, vor dem Hintergrund der Verantwortung für den gesamten Kreishaushalt und die Kreisumlage sei die Vorlage in dieser Form in Abstimmung mit der Kämmerei erstellt worden. Das Schulamt sei in dieser Angelegenheit nicht federführend, eine Beurteilung aus schulfachlicher Sicht sei allerdings in die Vorlage eingeflossen, um dem Ausschuss eine Beschlussempfehlung zur Aufhebung des Sperrvermerkes vorzulegen. Er gehe davon aus, dass der zuständige Dezernent, Herr Allroggen, in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 25.11.2015 über die tatsächliche Verwendung der zum Ausgleich der Unterdeckung vorgesehenen Mittel Auskunft geben könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen. Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

B.-Nr.
08/15

Der Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung empfiehlt dem Kreisausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die vorgeschlagenen Projekte in den Bereichen Verbesserung der Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund und von heranwachsenden und erwachsenen Flüchtlingen werden aus der Bundeserstattung BuT-Gelder in Höhe von 450.000,00 € zur Verfügung gestellt.

Der Sperrvermerk für das Produkt 050.02 wird in Höhe von 450.000,00 € aufgehoben.

Die Mittel sollen im Einzelnen wie folgt zur Verfügung gestellt werden:

- | | |
|--|---------------------|
| 1. Sprachförderung an Schulen und Kitas | 300.000,00 € |
|--|---------------------|

6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 23.11.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**2. Unterstützung Ehrenamt
Projektunterstützung und Aufwandsentschädigung 150.000,00 €**

Abst.-**Erg.:**

einstimmig (SkB Ellenberger beteiligte sich nicht an der Abstimmung)

4	Schulentwicklungsplanung im Bereich der Berufskollegs des Rhein-Sieg-Kreises	
---	--	--

Abg. Solf äußerte sich erfreut darüber, dass im Ausschuss regelmäßig der aktuelle Sachstand der Schulentwicklungsplanung vorgelegt werde. Er bitte darum, dies auch in Zukunft so zu handhaben.

5	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Verbundschule Bornheim	
---	---	--

KVD Clasen ergänzte, dass die gleichlautende Beschlussvorlage im Finanzausschuss einstimmig beschlossen worden sei.

SkB Ellenberger erklärte, er würde es begrüßen, wenn auch der Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung dem einstimmigen Votum des Finanzausschusses folgen würde.

Ohne weitere Aussprache ließ die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr.
09/15

Der Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Der Kreistag stimmt dem Abschluss der als **Anhang** (Anlage 3 zur Niederschrift) beigefügten Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Kostenbeteiligung des Rhein-Sieg-Kreises an der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Sprache der Verbundschule in Bornheim-Uedorf zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die gemäß Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) erforderliche Genehmigung der Kommunalaufsicht zu beantragen.

Abst.-**Erg.:**

einstimmig

6	Zuständigkeit des Rhein-Sieg-Kreises gemäß Weiterbildungsgesetz NRW; Weiterbildungsangebot in der Gemeinde Wachtberg	
---	--	--

Dezernent Wagner erklärte, dass die Verwaltung eine Mitteilung der Gemeinde Wachtberg über einen in der Sondersitzung des Gemeinderates am 11.11.2015 gefassten Beschluss erhalten habe. Danach werde die Gemeinde Wachtberg zunächst mit dem VHS-Zweckverband Meckenheim-Rheinbach-Swisttal eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abschließen mit dem Ziel, das Weiterbildungsangebot in der Gemeinde Wachtberg ab 1.1.2016 aufrechtzuerhalten. Im weiteren Verlauf sei es vorgesehen, dass die Gemeinde Wachtberg dem Zweckverband als Vollmitglied beitrifft, allerdings ohne die Wachtberger Musikschule, die eine örtliche Besonderheit

6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 23.11.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

darstelle. Somit sei davon auszugehen, dass das Weiterbildungsangebot, so wie es im Gesetz gefordert werde, in der Gemeinde Wachtberg sichergestellt sei und der Rhein-Sieg-Kreis nicht ersatzweise tätig werden müsse.

7	Mitteilungen und Anfragen	
7.1	Entwicklung der Schülerzahlen der Förderschulen im Rhein-Sieg-Kreis	

KVOR Nohl wies darauf hin, dass in der der Einladung als Anhang zu Anlage 4 beigefügten Übersicht Korrekturen vorgenommen werden müssten. Die Don-Bosco-Schule, Förderschule der Stadt Troisdorf mit dem Förderschwerpunkt Lernen, sei nach der Auflösung der Förderschule „Im Laach“ in eine Schule ausschließlich für die Sekundarstufe I umgewandelt worden. Damit betrage die Mindestgröße für diese Schule 112 und nicht 144 Schüler. Die erforderliche Schülerzahl werde somit derzeit exakt erreicht. Zur Gutenbergschule, Förderschule der Stadt Sankt Augustin, sei anzumerken, dass dem Schulamt widersprüchliche Angaben bezüglich der Schülerzahl mitgeteilt worden seien. Dies werde von der Verwaltung geprüft.

*Anmerkung der Verwaltung: Als **Anlage 4** ist eine nochmals aktualisierte Übersicht über die Schülerzahlen der Förderschulen im Rhein-Sieg-Kreis beigefügt. Die weitere Änderung betrifft die Schülerzahl 2015/16 der Gutenbergschule in Sankt Augustin. Die ursprünglich hierzu übermittelte Schülerliste war unvollständig und wurde von der Schulleitung nach der Sitzung nochmals in korrigierter Fassung übersandt. Insoweit sind die Aussagen der Vorlage (Seite 23 der Einladung, vorletzter Absatz) zur Bewertung der Schülerzahlen unzutreffend. Die zusammenfassende Bewertung muss lauten:*

„Die nach der Mindestgrößenverordnung vorgegebene Mindestzahl an Schülern wird im aktuellen Schuljahr von keiner Förderschule unterschritten. Sie wird allerdings im Einzelfall nur geringfügig überschritten bzw. genau erreicht.“

Auf Einlassung der Vorsitzenden bestätigte KVOR Nohl, dass die Städte Hennef und Troisdorf eine Absichtserklärung beschlossen hätten, im Bedarfsfall geeignete Maßnahmen im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit zu erörtern.

SkBin Rentzsch erkundigte sich, wie mit den Schülern und Lehrern der Albert-Schweitzer-Schule, Förderschule der Stadt Rheinbach mit dem Förderschwerpunkt Lernen, nach der Schließung zum Ende des Schuljahres 2015/2016 verfahren werde.

KVD Clasen erwiderte, dass eine umfassende Beantwortung dieser Frage durch die zuständige, aber leider heute abwesende Schulaufsichtsbeamtin erfolgen könne. Diese habe allerdings bereits dargelegt, dass im Rahmen von Gesprächen zum Schulhalbjahreswechsel Ende Januar begonnen werde, Lösungen zur künftigen Beschulung der betroffenen Schüler/innen zu suchen. Es werde geprüft, die Schüler/innen künftig in Kuchenheim (Kreis Euskirchen) oder in Bonn zu beschulen. In Einzelfällen komme der Wechsel an eine allgemeine Schule in Frage. Das werde für jeden einzelnen Schüler mit den Eltern und den Lehrkräften gemeinsam erörtert. Zur Personalsituation könne er keine Auskunft geben, dies sei eine Angelegenheit der Schulaufsicht.

Auf Nachfrage des Abg. Otter betreffend die weitere Vorgehensweise der Stadt Sankt Augustin erklärte KVD Clasen, dass es noch keine Stellungnahme der Stadt-

6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 23.11.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

verwaltung gebe und daher keine neuen Erkenntnisse vorlägen.

Anmerkung der Verwaltung: Inzwischen hat die Bezirksregierung die vom Rat der Stadt Sankt Augustin beschlossene Änderung genehmigt. Somit ist die Gutenberg-schule eine Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen (Primar- und Sekun-darstufe I), emotionale und soziale Entwicklung (nur Primarstufe) und Sprache (nur Primarstufe). Nach erfolgter Korrektur der Schülerzahlen sind kurzfristig keine Maß-nahmen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung erforderlich.

7.2	Sanierung der Schule "An der Wicke", Förderschule des Rhein-Sieg-Kreises für Sprache in Alfter-Gielsdorf	
-----	--	--

KVD Clasen erklärte, dass sich seit der Vorstellung der Planungsmaßnahmen für die Sanierung der Schule "An der Wicke", Förderschule des Rhein-Sieg-Kreises für Sprache in Alfter-Gielsdorf, eine Situation entwickelt habe, mit der man zu der dama-ligen Zeit nicht habe rechnen können. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Flücht-lingssituation sei der Bürgermeister der Gemeinde Alfter an den Landrat herangetre-ten und habe dargelegt, dass die aufgrund von Zuweisungen zu erwartenden Flücht-lingsszahlen bei dem derzeitigen Gebäudebestand von der Gemeinde Alfter nicht auf-genommen werden könnten. Es seien zwar mehrere Unterkünfte in der Planung, allerdings keine kurzfristige Lösung umsetzbar. In diesem Zusammenhang habe der Bürgermeister angefragt, ob die Möglichkeit bestehe, dass die Schule „An der Wicke“ früher als geplant an den vorgesehenen Ausweichstandort umziehen könne. In der Interimsunterkunft in Alfter-Oedekoven stünden wegen der „auslaufenden“ Haupt-schule ausreichend Räume zur Verfügung. Im Gegenzug könne dann die frei wer-dende Schule „An der Wicke“ vorübergehend als Flüchtlingsunterkunft genutzt wer-den. Die Nutzungsdauer solle bis zum 01.03.2017 begrenzt sein; dann sei mit der Bezugsfertigkeit der neu zu errichtenden Unterkünfte zu rechnen.

Für die Planungen bedeute dies, dass mit den Sanierungsmaßnahmen erst im März 2017 und nicht schon im Sommer 2016 begonnen werden könne. Der Abschluss der Sanierung und der Rückzug an den alten Standort werde dann im Sommer 2018 erfolgen.

Dies sei natürlich ein Kraftakt, der weder der Schule, noch dem Schulträger leicht falle. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass kein Ausweichquartier für die Schule „An der Wicke“ zur Verfügung stehe, wenn die Gemeinde Alfter Flüchtlinge in der Hauptschule unterbringe. Außerdem entspreche die jetzt gefundene Lösung der Hal-tung des Landrats, der stets großen Wert auf die Unterstützung der Städte und Ge-meinden durch die Kreisverwaltung lege. Mit dem Hauptschulgebäude stehe ein Inte-rimsquartier zur Verfügung, das als Schulgebäude konzipiert sei und während der Sanierungsphase für die Schülerinnen und Schüler der Schule „An der Wicke“ eine gute Unterbringungsmöglichkeit darstelle.

Die Planungen seien inzwischen auch dem Lehrerkollegium und den betroffenen Eltern vorgestellt worden. Diese hätten sich zwar nicht begeistert gezeigt, aber die Notwendigkeit eingesehen und ihr Einverständnis zu der Maßnahme erklärt.

7.3	Bericht über die 7. Bildungskonferenz der Bildungsregion Rhein-Sieg-Kreis	
-----	---	--

Die Vorsitzende dankte im Namen des Ausschusses allen an der Vorbereitung und Durchführung beteiligten Personen. Die Vorlage wurde ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 23.11.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

7.4	Übergangsmangement Schule-Beruf; Richtlinien zur Förderung intensiver Berufsorientierung an Schulen im Rhein-Sieg-Kreis	
-----	---	--

Ohne weitere Aussprache wurde die Vorlage zur Kenntnis genommen.

7.5	Schuleingangsuntersuchung von Flüchtlingskindern	
-----	--	--

Abg. Göllner fragte, ob es neue Erkenntnisse hinsichtlich der Möglichkeit gebe, die Schuleingangsuntersuchung für Flüchtlingskinder durch niedergelassene Kinderärzte durchführen zu lassen.

KVD Clasen stellte den unbedingten Willen der Verwaltung heraus, den Schulleitungen in dieser Frage Klarheit zu verschaffen. Der Schulaufsicht liege ein Formulierungsvorschlag der Verwaltung vor, der noch nicht abschließend habe abgestimmt werden können. Es sei aber zugesagt worden, in den nächsten Tagen eine Klärung herbeizuführen, um dann einen mit dem Leiter des Gesundheitsamtes abgestimmten Text an die Schulleitungen zu senden.

Anmerkung der Verwaltung: Inzwischen wurde eine klarstellende Mitteilung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung angekündigt. Erst nach Vorliegen dieser Mitteilung soll eine klarstellende Information an die Schulen erfolgen.

Die Vorsitzende erinnerte daran, dass das Thema bereits vor den Herbstferien akut gewesen sei und dringend der Klarstellung bedürfe. Sie äußerte die Hoffnung, dass sich nun bald eine Lösung abzeichne.

Dezernent Wagner legte zur Klärung des Sachverhalts dar, dass den Schulen mitgeteilt worden sei, dass dem Schulbesuch nichts im Wege stehe, wenn niedergelassene Kinderärzte Flüchtlingskinder untersucht und bescheinigt hätten, dass keine ansteckenden Krankheiten vorlägen. An diesem Punkt sei es zu Irritationen gekommen, da vielfach die Meinung geherrscht habe, dass die Schuleingangsuntersuchung damit bereits erfolgt wäre. Das sei allerdings nicht der Fall, da die vom Kinderarzt ausgestellte Bescheinigung lediglich zur Information der Lehrkräfte diene, dass diese Kinder bedenkenlos die Schule besuchen könnten. Das formelle Verfahren der Schuleingangsuntersuchung nach dem Schulgesetz sei weiterhin eine Aufgabe des Gesundheitsamtes. Dies müsse den Schulleitungen noch einmal in aller Deutlichkeit vermittelt werden. Von daher sehe er kein Problem in der Sache, sondern es sei eher eine Frage der Kommunikation.

Abg. Frohnhöfer wies darauf hin, dass das Thema den Ausschuss schon länger beschäftige. Die schulärztliche Untersuchung beurteile nicht nur die Gesundheit der Kinder, sondern auch weitere für den Schulalltag wichtige Aspekte. Gerade bei eventuell traumatisierten Kindern sei zu erwarten, dass der Besuch der Regelschule problematisch werde und daher eine sonderpädagogische Förderung angeraten sei. Sie plädiere dafür, das Verfahren nicht weiter hinauszuzögern, sondern möglichst schnell eine Regelung zu finden.

	Weitere Mitteilungen	
--	----------------------	--

Abschließend teilte KVD Clasen mit, dass dem Ausschuss – wie zugesagt – in der nächsten Sitzung die für die Richard-Schirrmann-Schule in Hennef-Bröl vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen vorgestellt würden.

6. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 23.11.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Ein besonderes Anliegen sei es ihm außerdem, auf die dritte Auflage des Mundart-Wettbewerbes für Schülerinnen und Schüler der Primarstufe im Rhein-Sieg-Kreis hinzuweisen, die am 16.12.2015 hier im Kreishaus stattfinden werde. Zur Siegerehrung um 16:30 Uhr im großen Sitzungssaal lade er alle Ausschussmitglieder herzlich ein.

Ende des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

8	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Mitteilungen oder Anfragen lagen nicht vor.

gez. Veronika Herchenbach-Herweg
Vorsitzende

gez. Volker Fuchs
Schriftführer